

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte
"Plauderkästchen" und "Allgemeine Winzer-Zeitung"

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 120
= (ohne Frägerlohn oder Postgebühre) =
Inseratenpreis pro sechsspalige Pfeilzeile 15 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl:
aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel und Umgebung

Nr. 49

Dienstag, den 23. April 1918

69. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung über die Anzeige- und Meldepflicht für die diesjährige Anbau- und Ernteflächenerhebung.

Es ist die Pflicht eines jeden Grundbesitzers und landwirtschaftlichen Betriebshabers, dazu beizutragen, daß die diesjährige Anbau- und Ernteflächenerhebung ein richtiges Ergebnis hat. Grundbesitzer und Betriebshaber, die diese Pflicht verlassen, machen sich strafbar und laufen Gefahr, später zu größeren Bußfertungen herangezogen zu werden, als der von ihnen bebauten Fläche entspricht.

Auf Grund des § 7, Abs. 1 und 9 der Bundesstraßenordnung vom 21. März 1918 (Reichs-Blatt, S. 183) wird daher bestimmt:

1. Jeder, der Land verpachtet oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutznießung (als Dienstland, Deputat, Altenland oder auf sonstige Weise) abgegeben hat, ist verpflichtet, binnen 14 Tagen dem Vorstand der Gemeinde oder des Gutsbezirks, in welcher das Grundstück liegt, schriftlich über zu Protokoll anzugeben:

a) die Namen seiner Pächter (Ruhmreicher usw.),
b) die Größe der einem jeden verpachteten oder sonst ausgegebenen Fläche.

Wer eine zusammenhängende Fläche in kleineren Stücken (etwa 5 H. und darunter) an verschiedene Personen zur gartenmäglichen Nutzung für ihren eigenen Haushalt abgegeben hat (Schrebergärten, Laubhüttenkönig oder ähnlichem), braucht die Namen der einzelnen Pächter (Ruhmreicher usw.) nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Größe des in ausgewiesenen Landes und der Zahl der Pächter (Ruhmreicher). Über die Zulässigkeit der summarischen Angabe entscheidet im Zweiteil der Gemeinde- (Guts-)Vorstand.

2. Jeder Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs hat in der Zeit vom 6. Mai bis 1. Juni dem Gemeinde- (Guts-)Vorstand oder einer von ihm beauftragten Person mündlich alle Angaben über die Ausübung seines Landes, insbesondere über den Anbau von Feldfrüchten zu machen, die der Gemeinde- (Guts-)Vorstand zur Ausübung der Ortspflicht bedarf. Er ist verpflichtet, hierzu einer Verladung des Gemeinde- (Guts-)Vorstandes zum vorwölflichen Frühjahr zu folgen. Betriebshabender, die Grundstücke außerhalb der Gemeinde ihres Betriebshabers bewirtschaften, haben die Angaben — und zwar für jede einzelne Gemeinde, in der welche Grundstücke liegen, besonders — bei dem Gemeinde- (Guts-)Vorstand ihres Wohnortes zu Protokoll zu erklären.

3. Alle Grundstückseigentümer, Bewirtschafter und ihre Stellvertreter sind nach § 7 Abs. 2 der Bundesstraßenordnung verpflichtet, dem Gemeinde- (Guts-)Vorstand oder anderen, mit der Erhebung beauftragten Personen zu gestatten, daß sie zur Ermittlung richtiger Angaben über die Erntefläche ihre Grundstücke betreten und Messungen vornehmen. Auch haben sie diesen Personen auf Verlangen Einicht in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

4. Wer vorzüglich die Angaben, zu denen er auf Grund der Bundesstraßenordnung und dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht oder wissenschaftlich unrichtig oder unvollständig macht, oder sie den oben unter Biffer 3 erwähnten Anordnungen widerlegt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wer fahrlässig die obigen Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Der Staatsschreiber für Volksnährung.
von Walde.

Bekanntmachung über eine einmalige Sonderzuteilung von R. A. Seife. Vom 9. April 1918.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen seithaltigen Waschmitteln vom 18. April 1916 (Reichs-Blatt, S. 307) wird folgendes bestimmt:

Über die im § 1 Nr. 1 der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen seithaltigen Waschmitteln vom 21. Juni 1917 (Reichs-Blatt, S. 546) vorgesehene Menge Seife hinaus dürfen während der Monate April oder Mai 1918 einmal 50 gr.

R. A. Seife gegen Vorlage der Seifenkarte abgegeben werden.

Der Verbraucher ist verpflichtet, die Abgabe auf dem Stamme der Seifenkarte unter Angabe des Datums mit Tinte oder Farbkempel zu vermerken.

Gewiderhandlungen gegen die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Fünfzehnhundert Mark bestraft.

Berlin, den 9. April 1918.

Der Reichskanzler.
J. B. Freiherr von Stein.

Der Königliche Kreisgärtner Dr. Rupprecht-Burchardt in Rüdesheim ist zum Heeresdienst herangezogen. Mit seiner Vertretung ist der Kgl. Kreisgärtner Dr. Mayer in St. Goarshausen beauftragt.

Rüdesheim a. Rh., den 18. April 1918.

Der Königliche Landrat.

Genuß von Auslandsfleisch.

In den letzten Wochen sind in verschiedenen Gegenden Preußens Trichinenkontrollen in größerer Zahl festgestellt worden; auch die Todesfälle an Trichinen haben sich vermehrt. Sietz ergab die Feststellungen, daß aus dem Ausland eingeschafftes Fleisch, vornehmlich geräucherte Schinken und Wurst, den Anlaß zur Erkrankung gegeben hatten. Die beschuldigten Fleischwaren stammten insbesondere aus den ehemals russischen Gebietsteilen und aus Belgien. Ich warne die Bevölkerung nochmals eindringlich davor Auslandsfleisch, das nicht amtlich auf seine Genußtauglichkeit untersucht ist, sowie unter Verwendung solchen Fleisches hergestellte Zubereitungen, insbesondere Schinken und Wurst, anders als in gut gesuchtem oder durchgebratenem Zustand zu genießen.

Rüdesheim a. Rh., den 20. April 1918.

Der Königliche Landrat.

Betr. Ausbau der Bläschuhpannlagen.

Trotz wiederholten Anweisungen geht der Ausbau der Bläschuhpannlagen sehr langsam vor sich. Diejenigen Besitzer, deren Anlagen nicht zurücksiegt und die mit der Abgabe des Bläschuhpannlagen-

taufers noch im Rückstand sind, werden nochmals darauf hingewiesen, daß das Kupfer bis zum 31. Mai 1918 abgeliefert sein muß, andernfalls Bestrafung eintreten wird.

Rüdesheim a. Rh., den 13. April 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

I. Auszug aus der Rechnung der Kreissommunalkasse für 1914.

Ginnahme		Ausgabe		
	M.	g.	M.	g.
Übersicht aus dem Rechnungsjahr 1913	26759	28		
Titel I. Allgemeine Verwaltung	474281	58	103495	74
II. Wirtschaftliche Unternehmungen des Kreises	—	—	55	—
III. Förderung der Landwirtschaft	850	—	8734	36
IV. Förderung von Handel, Gewerbe und Verkehr	—	—	250	—
V. Förderung von Kunst, Wissenschaft u. Unterricht	—	—	869	65
VI. Verkehrsanlagen	1626	58	3473	47
VII. Armenweinen	13334	65	30915	43
VIII. Krankenheil und Gesundheitspflege	266	97	3102	75
IX. Aufwendungen für die Gewinden	4070	47	9494	53
X. Kriegs-Wilh. II. Stiftung	408	—	400	—
XI. Ansiedlungen	2517	66	3541	36
XII. Durchlaudende Gelder	118988	66	118988	86
XIII. Winzernotstandsfoonds (siehe unter II)	—	—	—	—
XIV. Kriegsfürsorge	22773	—	366400	94
	665877	—	649722	09

Zusammenstellung:

Die Einnahmen betragen: 665 877 Mf. — Pf.

Die Ausgaben betragen: 649 722 — 09

Überschuss: 16 154 Mf. 91 Pf.

II. Auszug aus der Rechnung des Winzernotstandsfoonds für 1914.

	Ginnahme:
Vortrag aus dem Rechnungsjahr 1913	1 288 776 Mf. 20 Pf.
Titel I. Zinsen	68 895 — 08
II. Tilgungen	24 979 —

Summe: 1 382 650 Mf. 28 Pf.

Ausgabe:

Titel I. Verwaltungskosten

1 749 Mf. — Pf.

II. Kapitalanlage

1 016 641 — 84

III. Rückzahlung an den Bezirksverband

134 226 — 80

Summe: 1 152 617 Mf. 64 Pf.

Zusammenstellung:

Die Einnahmen betragen: 1 382 650 Mf. 28 Pf.

Die Ausgaben betragen: 1 152 617 — 64

Bestand: 239 032 Mf. 64 Pf.

III. Auszug aus der Rechnung des Winzernotstandsfoonds für 1915.

	Ginnahme:
Vortrag aus dem Rechnungsjahr 1914	230 032 Mf. 64 Pf.
Titel I. Zinsen	64 489 — 17
II. Tilgungen	95 298 — 84

Summe: 389 820 Mf. 15 Pf.

Ausgabe:

Titel I. Verwaltungskosten

701 Mf. 50 Pf.

II. Kapitalanlagen

221 000 —

III. Rückzahlung an den Bezirksverband

134 226 — 80

Summe: 355 928 Mf. 30 Pf.

Zusammenstellung:

Die Einnahmen betragen: 389 820 Mf. 15 Pf.

Die Ausgaben betragen: 355 928 — 30

Bestand: 33 891 Mf. 85 Pf.

IV. Auszug aus der Rechnung des Winzernotstandsfoonds für 1916.

	Ginnahme:
Vortrag aus dem Rechnungsjahr 1915	33 891 Mf. 85 Pf.
Titel I. Zinsen	59 356 — 96
II. Tilgungen	509 384 — 18

Summe: 602 632 Mf. 99 Pf.

Ausgabe:

Titel I. Verwaltungskosten

687 Mf. 30 Pf.

II. Kapitalanlagen

390 708 — 35

III. Schuldenzinsen

738 — 70

IV. Rückzahlungen an den Bezirksverband

134 226 — 80

Summe: 526 361 Mf. 15 Pf.

Zusammenstellung:

Osten:

Ukraine.

Nach Überwindung feindlichen Widerstandes bei Perekop und Kert-Kasak haben sich unsere Truppen den Weg in die Krim geöffnet.

Mazedonische Front.

Rege Tätigkeit des Feindes westlich vom Doiran-See und in der Struma Ebene

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

WTB Großes Hauptquartier, 22. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Schlachtfeldern östliche Infanterieunternehmungen. Versuche des Feindes über den La Basse-Kanal nordwestlich von Bessarabie vorzubringen, scheiterten in unserem Feuer. Nördlich von Albert nahmen wir 88 Engländer, darunter zwei Offiziere gefangen und erbeuteten 22 Minenwerfer und einige Maschinengewehre. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf. An der übrigen Front blieb die Geschäftstätigkeit in mäßigen Grenzen. Südwestlich von Altrich machten wir bei einem Erkundungsvorstoß Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister:

Ludendorff.

Der Krieg zur See.

Nene Tauchboot-Erfolge.

WB. Berlin, 19. April. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeers versetzten unsere U-Boote sechs Dampfer und neun Segler von zusammen etwa

26 000 Bruttoregistertonnen.

Außerdem vernichtete ein U-Boot vor Biskaya die französische U-Bootsschiff "Madeleine" (149 Tonnen), einen mit zwei 7,5 Zm.-Geschützen bewaffneten Zweimastgaffelschoner mit Hilfsmotor und Funktelegraphie und machte drei Mann der Besatzung zu Gefangenen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Nene Tauchboot-Erfolge.

WB. Berlin, 22. April. (Amtlich.) Im östlichen Teile des Aermelkanals, auf der Linie, auf der vorwiegend die Kriegs-Materialtransporte des Verbandes vor sich gehen, hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant zur See, Major, den vollbeladenen englischen Dampfer "Highland Brigade" (5680 Brt.) und einen weiteren mindest 5000 Brt. großen Dampfer abgeschossen; den letzteren aus grohem, stark gesicherten Geleitzug heraus. Gesamt-Tonnenzahl nach neuerdings eingegangenen Meldungen:

15 000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Batum.

Nach vierzigjähriger Russenherrschaft sind, wie gemeldet wurde, türkische Truppen in die Stadt Batum eingezogen, die ihnen der Friede von Brest-Litowsk geheimerweise zugesprochen hat. Denn schon länger als 250 Jahre, von Anfang des 17. Jahrhunderts bis 1878, gehörte die wichtige Stadt der Türkei, und im russisch-türkischen Kriege von 1877-78 wurde sie von den Russen zwar belagert, aber dank tapferer Verteidigung nicht eingenommen. Trotzdem wurde Batum auf dem Vertrag Kongress Russland zugesprochen, und schweren Herzens mußte die Pforte damals die Stadt räumen. Man muß freilich zugeben, daß Russland in den seither verflossenen vier Jahrzehnten viel für die neue Erwerbung getan hat, wozu allerdings in erster Linie das ausländische Kapital beitrug, das hier gewaltige Anlagen für die Raffinerieproduktion einrichtete, an denen es das größte Interesse besaß. Denn in Batum, und zwar weitaus von der Stadt, befinden sich die großen Petroleum-Riederlagen der "Rasipischen- und Schwarzen Meer-Raffinerieproduktions- und Handelsgesellschaft," die der Firma Brüder Rothschild in Paris gehört. Mit ihren unbegrenzten Geldmitteln haben die Rothschilds hier Einrichtungen von einer Ausdehnung und technischen Vollkommenheit geschaffen, wie sie für diesen Zweck in Europa einzige dasaßen, und wie sie nur Roscheller in seinem venezolanischen Petroleum-Anlagen besaß. Für die Rothschilds handelte es sich darum, ihre bei Batum am Kaspiischen Meer, am Strand des Kaukasus geförderten Raffineriehöfe auf möglichst billigen und bequemen Wege in den Weltmarkt zu bringen, und diese Absichten hatten bei der russischen Regierung Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Im Jahre 1883 wurde mit dem Bau der ersten Eisenbahnlinie begonnen, die von Batum nach Tiflis führt und das Schwarze mit dem Kaspiischen Meer durch einen Schienennetz verbüdet. Unablässlich rollen auf dieser Bahn die Räder mit den Raffineriewagen voll des wertvollen Raffinates, um in Batum mittels geeigneter Einrichtungen unmittelbar in die Raffineriehöfe umgeladen zu werden, die in Friedenszeiten über das Schwarze Meer und durch die Donau-Delta ihren Weg nach allen Hafen Süd- und Westeuropas nahmen. Doch auf die Dauer war die transkaukasische Bahn dem immer mehr anwachsenden Güterverkehr nicht gewachsen. Die Rothschilds ließen daher nach amerikanischem Vorbild, wie es auch zwischen den rumänischen Erdölquellen und Konstanza nachgeahmt wurde, eine gewaltige Röhrenleitung bauen, durch die das Rohöl aus den Quellen von Batum nach Michaelowo geleitet wird, wo ein großes Sammelbecken angelegt worden ist. Von hier aus führt die Leitung in mehreren Strängen nach Batum, unmittelbar in die mächtigen Raffineriehöfe, aus deren Inhalt die Petroleumdampfer wieder durch Röhrenleitungen gefüllt werden. 1230 Kilometer ist diese Überlandleitung lang, die stets der Bahnlinie folgt. Die Petroleumfelder von Batum, die Raffinerieleitung, die Lager und Haltepunkte in Batum und die mächtige Petroleumfirma des Schwarzen Meeres stellen Werte von Milliarden dar. Die Besitznahme von Batum durch die Türkei, durch die ein erheblicher Teil dieser Werte unter türkische Kontrolle kommt, bildet für das hier angelegte französische Kapital insofern einen schweren und wichtigen Schlag, als die Türkei sich ja mit Frankreich noch im Kriege befindet. Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß die Raffinerieproduktions- und Handelsgesellschaft nunmehr etwa neue Wege der Verfrachtung

für ihr Öl erschließen könnte; denn sowohl Russlands eigener Bedarf in Frage kommt, nahm er schon früher den Weg über die Kaspissee und die Wolga. Russland sonnte aber schon vor dem Kriege troh ausgedehntester Verwendung von Raffinerie nicht mehr als ein Drittel der Erzeugung verbrauchen; zwei Drittel der Gesamtförderung nahmen über Batum den Weg ins Ausland.

Allerlei Nachrichten.

Der Dank des Kaisers.

WB. Berlin, 21. April. Dem Staatssekretär des Reichschaamts ist vom Kaiser nachstehendes Telegramm zugegangen:

Ich empfange mit größter Begeisterung und Freude die Meldung von dem gewaltigen Erfolge der achten Kriegsaison. Ich begrüße ihn als herrliches Zeichen einer starken Orienwilligkeit und unbegrenzten Siegeszuversicht des gesamten deutschen Volkes. Dieser in der Heimat errungene Sieg reicht sich würdig den unendlich großen Taten von Armee und Marine an. Deutsches Schwert und deutsche Kraft werden mit Gottes Hilfe den Willen des Feindes zu schanden machen und werden die Zukunft des Vaterlandes auf einen festen Grund stellen. Mein warmer Dank gilt Ihnen, der Reichskanzler und allen, welche durch Wort und Tat bereit gewesen sind, zu helfen.

Zum Tode des Herzog von Anhalt.

(b.) Berlin, 21. April. Herzog Friedrich 2. von Anhalt, der auf Schloß Ballenstadt seinem längsten Leiden erlegen ist, war 1856 geboren als Sohn Herzog Friederichs 1. und der Prinzessin Antonie von Sachsen-Altenburg. Er war mit Prinzessin Marie von Württemberg, einer Schwester des Thronfolgers Prinzen Max, in kinderloser Ehe verheiratet. Die Regierung geht nun mehr an den Prinzen Eduard über, der im 58. Lebensjahr steht und mit der Prinzessin Luise von Sachsen-Altenburg verheiratet ist. Prinz Eduard ist der Schwiegervater des Prinzen Joachim von Preußen.

Die 8. Kriegsanleihe.

WB. Berlin, 22. April. Dem Staatssekretär des Reichschaamts gingen gestern drei Telegramme zu, eins vom Reichskanzler Dr. Gräfen von Herling, das andere vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, das dritte vom österreichischen Finanzminister Führ. v. Bimmer.

Der Reichskanzler sprach seine Glückwünsche aus zu dem schönen Erfolg. Das Heimatheer habe sich dem siegreich kämpfenden Heere im Felde würdig an die Seite gestellt. Beide zeigen der Welt, so schloß Gräf Herling, wie sehr sich unsere Feinde gefälscht haben, als sie glaubten, unser Friedensangebot als Zeichen unserer Schwäche auslegen zu können.

Von Hindenburg übermittelte ebenfalls seinen Dank für das hohenfreudliche Ergebnis. Er schloß: Dieser Sieg der Heimat bietet der Welt einen deutlichen Beweis von Deutschlands Kraft und Siegeszuversicht.

Finanzminister v. Bimmer ist voll ausrichtiger Bewunderung des herrlichen Erfolges und übermittelte seine wärmsten und herzlichsten Glückwünsche.

Die Leistungen der deutschen Gewerkschaften.

WB. Berlin, 21. April. Ein rühmliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften legt, wie der "Vorwärts" berichtet, eine Umfrage ab, die die Unterstützungssummen der freien Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ermittelte. In dieser Zeit sind insgesamt an Unterstützungen an Familienangehörige der zum Heere eingezogenen, sowie an Arbeitslose, an Kranke und Invaliden nahezu 120 Millionen Mark gezahlt worden.

Botschafter Josse.

WB. Berlin, 22. April. Herr Adolf Josse übergab dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Führ. v. d. Busschattenhausen als Vertreter des ektanten Staatssekretärs Freiherrn von Bühlmann am 20. April im Auswärtigen Amt sein Beglaubigungs schreiben als beglaubigter Vertreter der russischen sozialen, föderativen Sowjet-Republik.

Zum Frieden mit Rumänien.

WB. Berlin, 22. April. Der Staatssekretär von Bühlmann und der neue österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Baron Burian, werden Ende dieser Woche nach Bukarest fahren, um dort die Friedensverhandlungen mit Rumänien zu Ende zu bringen. Dadurch erhält der von dem Minister von Burian in Berlin beabsichtigte Besuch zunächst eine Verschiebung. Er kann erst nach Abschluß der Bularescer Verhandlungen stattfinden.

Aus Wien verlautet hierzu: Die Stellung des Barons Burian hat sich augenscheinlich geändert. Er soll während seines Besuchs vom Ministerium des Außenminister ein ganz anderer geworden sein, was wohl damit zusammenhängt, daß unterdessen sich auch die politische Lage geändert hat. Jedoch hat sich die von vornherein ablehnende Haltung der deutschen Parteien gegen ihn schon wesentlich gemildert.

Aus Österreich-Ungarn.

WB. Wien, 22. April. Die Herzogin Maria Antonia von Bourbon-Parma, die Mutter der Kaiserin, hat sich zu mehrjährigen Kürzungen nach der Schweiz begeben. In politischen Kreisen nimmt man an, daß dies als entschiedene Erleichterung der noch immer recht gespannten politischen Lage ist.

WB. Wien, 22. April. Der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz Hohenlohe reiste wieder nach Berlin ab. — Eine aus Berlin vorliegende Meldung besagt, daß Prinz Hohenlohe dort wieder eintraf.

Hertling an Burian.

WB. Wien, 21. April. Der deutscher Reichslandrat hat an den österreichischen Minister des Auswärtigen, Baron Burian, ein Antwort-Telegramm gerichtet, worin er seinen Dank ausspricht für das ihm überwundene Telegramm, mit Freude die Teilnahme der österreichisch-ungarischen Artillerie an der Westfront begrüßt, darin ein neues sichtbares Zeichen für die Unschärferlichkeit des Bündnisses erblickt, wie auch eine weitere Gewähr für die treue Waffenbrüderlichkeit bis zum Siegreichen Ende, um am Ende zu versichern, daß Baron Burian sich der loyalen Unterstützung durch ihm (dem Reichskanzler), versichert sein könne.

Wasserhose bei Toulon.

WB. Genf, 21. April. Aus Toulon wird berichtet: Eine ungeheure Wasserhose hat die ganze Küste heimgesucht; ganz besonders großen Schaden hat dieselbe in der Bucht von Toulon angerichtet. Tausend Fischerboote und Fischerdampfer sind von der Hose entweder gänzlich zerstört oder von ihren Ankerplätzen losgerissen und ins stürmische Meer hinausgetrieben worden, woselbst sie zerstellt oder sanken. Der große Hafengang, der den Hafen von Toulon gegen das Meer schützt, ist an mehreren Stellen unter der Gewalt der Wasserhose und des Meeres durchbrochen worden. Der Verlust an Werten ist sehr groß. Auch viele Menschen kamen um. Das Meer bringt tausende von Brüden an den Strand.

Aus Holland.

WB. Amsterdam, 22. April. Die niederländische Regierung ordnete die Einführung der Kettierung an. Es sollen für Kopf und Woche 250 Gramm Kett zugeteilt werden. Kinder unter einem Jahre werden, wie auch sonst bei der Verteilung, nicht berücksichtigt.

Die Beschiebung von Paris.

WB. Paris, 21. April. "Excelsior" beziffert die Zahl der Opfer der Beschiebung von Paris durch das weittragende deutsche Geschütz auf insgesamt 354, nämlich auf 118 Tote und 326 Verwundete. Das Blatt bemerkte, die 29-tägige Beschiebung erinnere an die Beschiebung von Paris im Jahre 1871, die 22 Tage dauerte und im ganzen 44 Opfer forderte, nämlich 105 Tote und 369 Verwundete.

Die Dienstpflicht in Irland.

WB. London, 22. April. (Reuter.) Der irische nationalistische Abgeordnete Devlin hat in Beauftragung vor einer Menge von mehreren Tausend Personen gesprochen. Er forderte die Freiheit dringend auf, in jeder Weise dem Wehrpflichtigen die Anerkennung zu verweigern. Indem sie diese Haltung einnahmen, sagte Devlin, würden sie nur dasselbe tun, was die Ulstermänner gegenüber Homer und gelten hätten.

In ganz Irland predigte am Samstag die Gewissheit gegen die Wehrpflicht. Viele Priester nahmen nach dem Gottesdienst großen Volksmengen einen Eid ab, gegen die Wehrpflicht Widerstand zu leisten.

Amerika.

WB. Washington, 22. April. "Matin" meldet aus Washington: Das 1904 vom Kaiser geschenkte Standbild Friederich des Großen sei von seinem Platz vor der Kriegsschule heruntergenommen und in den Keller gebracht worden.

WB. Haag, 22. April. Aus Washington wird gemeldet, in erster Reihe besteht bei der Regierung der Platz, dem Kongress einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem das ganze Volk mobilisiert wird. Dadurch, daß der Regierung die Möglichkeit gegeben werde, das Arbeitervorproblem in die Hand zu nehmen, und diejenigen Industrien, die jetzt nicht von besonderem Belang sind, durch Frauenarbeit aufrecht zu erhalten.

Der zweite Brief Kaiser Karls.

Neue Enthüllungen.

WB. Berlin, 21. April. Die "Voss. Zeit." meldet aus Genf: Aus der Geschichte des Kaisersbriefes nach der "Tempo" vom Donnerstag die bemerkenswerte Mitteilung, daß der Verbandsrat zu St. Jean de Marne nicht etwa, wie die französische Regierung behauptete, beschlossen hätte, den Antrag des Kaisers keine Folge zu geben, sondern im Gegenteil sich die Verbandskabinete bereit erklärt, in einer Unterhandlung einzutreten. Sie ließen den Kaiser um Ergänzungen und Erklärungen bitten. Daraufhin übertrug Prinz Sizus den zweiten bis hier von Clemenceau merkwürdigerweise noch immer nicht veröffentlichten Brief Kaiser Karls. Erst auf dieses Schreiben hin ließen die verbündeten Kabinete wissen, eine Fortsetzung der Verhandlungen läne nicht in Frage. Es scheint sich also die Enthüllung der "Heute" zu bekräftigen, daß der zweite Brief den ersten widerstehen oder besser gesagt das Missverständnis, das bei den Verbandsregierungen durch die von Clemenceau veröffentlichte Fassung des ersten Briefes entstanden war, aufgelöst habe. Laut "Intendant" war der erste kaiserliche Brief in französischer Sprache abgefaßt. Die vom Prinzen Sizus übergebene Abschrift und nicht, wie Habas meldet hatte, die Urkunde, ist mit Bleistift geschrieben. Die Veröffentlichung Clemenceaus führt sich also nur auf eine offenbar erst beim Empfang des Prinzen Sizus im Elsässer mit Bleistift niedergeschriebene Abschrift. Clemenceau hat sich übrigens durch seine Enthüllung einen Feind gemacht, der mindestens ebenso ernst zu nehmen ist wie die ganze sozialistische Regierung. Barthou, der frühere Minister des Auswärtigen, hat in der ersten Sitzung des Kommercausschusses für Auswärtiges Clemenceau wegen der Veröffentlichung des Kaisersbriefes die heftigsten Vorwürfe gemacht. Er nennt sie eine den einfachen Regeln des diplomatischen Ehrenkodex zu widerstreuende Entgleisung.

Sonnino und der Kaiserbrief.

WB. Rom, 22. April. (Agenzia Stefani.) Am Schluß der letzten Kammerfahrt bat Ministerpräsident Sonnino den Abgeordneten Cianci, nicht auf seiner Interpellation bei den neuerlichen Streit zwischen Clemenceau und dem österreichisch-ungarischen Regierung über Vorschläge der Feinde zu Friedensverhandlungen zu bestehen. Sonnino gab folgende Erklärung ab: Die italienische Regierung, die von ihren Verbündeten über diese verschiedenen Versuche unterrichtet worden ist, hatte niemals dagegen etwas einzutreten. Sie gab dem Verbündeten ihre unbedingte Überzeugung zu verstehen, daß diese Vorschläge und Unterredungen keinen praktischen Zweck haben könnten. Die Regierung glaubte stets, daß es sich um Mordverbrechen des Feindes handelte zu dem doppelten Zweck, Mütter und Weiber zu verhören und Weinen und Weinen zu erzwingen. Sie glaubte, daß die Regierung, die den Krieg verloren hat, die Kriegsgefangenen auszuholen, das jede Nachricht von Friedensverhandlungen unter der Bevölkerung hervorrufen könnte.

Die 8. Kriegsanleihe ergab:

über 14½ Milliarden Mark.

W. Berlin, 20. April. (Amtlich.) Das Ergebnis der acht Kriegsanleihen beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Austausch gemeldeten älteren Kriegsanleihen 14 Milliarden 550 Millionen Mark. Kleine Teilanzeigen, sowie ein Teil der Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfestst. erst am 18. Mai abläuft, stehen noch aus, so daß das Ergebnis sich noch erhöhen wird. Zu dem unvergleichlichen Erfolge unserer Heere gesellt sich damit eine neue überwältigende Leistung der deutschen Geldwirtschaft.

Die gewaltigen Ergebnisse der früheren Anleihen noch weit überholend, legt sie aller Welt Zeugnis ab von dem unerschütterlichen Entschluß des deutschen Volkes, Stand zu halten, so lange es möglich ist und von seinem felsenfesten Vertrauen auf einen vollen und endgültigen Sieg.

• • •

Die Ergebnisse der bisherigen Kriegsanleihen. Bei den sieben früheren Kriegsanleihen wurden folgende Vorteile gezeichnet:

4 460 728 000	Mark erste Kriegsanleihe im September 1914;
9 060 000 000	zweite Kriegsanleihe im Februar 1915;
12 160 000 000	dritte Kriegsanleihe im September 1915;
10 712 000 000	vierte Kriegsanleihe im März 1916;
10 651 000 000	fünfte Kriegsanleihe im September 1916;
13 000 000 000	sechste Kriegsanleihe im März 1917;
12 500 000 000	siebente Kriegsanleihe im September 1917.

Ein neuer Milliarden Sieg.

Wieder ist ein gewaltiger deutscher Heimatsieg errungen. Auch der achte Auf der Regierung an das deutsche Volk ist nicht ungehört verhallt. In geschlossener Phalanx stand sich das deutsche Volk einmütig in dem Willen, die Mittel zum Endzug auszubringen. Während an der Somme und Lys unsere unübertrefflichen Truppen in hohem Ansturm siegreich die mächtigsten Stellungen nahmen, haben unsere Heimatkämpfer in toller Pflichterfüllung die Deutschen Milliarden in die Wagschale geworfen, die den Weltkrieg entscheiden sollten. Die wuchtigen Schläge, die Hindenburg England und seinen Raubgenossen versetzte, haben auch die Zaudernden überzeugt, daß es gut um unsere Sache steht. Nicht nur aus Handel und Industrie, die die Kriegsanzeichnungen brachten, sind die Anmeldungen in wachsendem Umsang eingegangen, auch in Handelskrieg und Arbeitserkreise haben sich in efreulichem Maße an der Zeichnung beteiligt, und damit ihr unerschütterliches Vertrauen in unserer Heeresleitung und Finanzverwaltung von neuem bestätigt. Entschlossen und stark steht das Volk zu Hause hinter dem Volke draußen in der Hoffnung des Friedens. Die Kriegsanleihe war auch diesmal die Probe darauf. Sie ist gelungen, noch über alles Erwartete hinaus.

87 177 Millionen Mark Kriegsanleihen — niemand hätte das vor diesem Kriege jemals für möglich gehalten. Und soziale Probleme tauchten aus diesen Zahlen auf, die ungeheuerlich sind. Um diesen Beitrag, der etwa ein Viertel der Summe vorstellt, auf die im letzten Friedensjahr das gesamte deutsche Volk verfügen geschäftsweise, hat das Deutsche Reich sich an seine Bürger verschuldet, die Gesamtheit an die übergroße Mehrzahl ihrer Glieder. Ein Teil dieser Schulden wird bald in die Reichssäften erledigt zurückzuführen. Die jetzt schon reichlich 5 Milliarden einbringende Kriegssteuere (die Kriegsgewinnsteuer) wird wegen der damit verbundenen Vorteile fast durchweg in Kriegsanleihen geleistet; so liegt das Reich wenigstens in etwas seine Schulde, indem es Uebergewinne tilgt, die es leider bei der Vergebung seiner Ausfrägen geschaffen hat. Und nach Kriegsende werden überschüssige Bestände an hundertfältigen Stoffen und Dingen von den militärischen Stellen, die sie jetzt ausspeichern müssen, gegen Kriegsanleihe veräußert werden; so werden Kriegslosen, die nicht wirklich geworden sind, durch Verminderung der Kriegsschuld wieder eingebrochen. Aber die große Mehrzahl der Milliarden wird doch vorsichtig bleiben. Und darum heißt es nach dem Kriege planmäßige Arbeit verrichten. Noch aber stehen wir im Kriege; deshalb wollen wir diese Sorgen noch ein wenig anstreben. Die gegenwärtige Sorge ist größer: zu sehen, wie wir aus dem schrecklichen Weltkrieg herauskommen. Ein gut Teil hierzu hat die achte Kriegsanleihe beigetragen, und man kann ruhig sagen, sie ist ein wirklich glänzender Erfolg der Heimat.

Die Mehrheitsparteien und die Friedensentschließung.

(ab.) Berlin, 22. April. Aus Berlin schreibt man dem fortschrittl. „Hamboogischen Correspondenten“: Es sind Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Reichstag im Gange, die schon für die nächste Zeit eine offizielle Abstimmung der Mehrheitsparteien an die Friedens-Entscheidung vom 19. Juli 1917 herbeizuführen sollen. Es verlautet sowohl in der Wilhelmstraße wie in gut unterrichteten Reichstagsteilen, daß die Frage einer solchen Abstimmung zu den Gegenständen gehört, die sehr im Hauptquartier im Beisein des Reichstagschefs eingehend besprochen worden sind. Innerhalb der Regierung scheint man die Überzeugung gewonnen zu haben, daß es in dieser hochwichtigen Frage ratsam wäre, eine klare Stellung sowohl vor dem Volke wie auch vor dem feindlichen Ausland anzunehmen. Man glaubt heute infolge der größeren Kriegsdauer und der dadurch herausgeworfenen Mehrheiten ein begründetes Recht auf entsprechende Mehrheiten zu haben, um an den unangiebigen Feind in aller Dessoziertheit vorzutragen zu können. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die Zukunft eine Entscheidung ein Angebot an unsere Feinde darstellt, das unmöglich Monate und Jahre lang auf Annahme zu warten hat.

Steuern und Friedensschluß.

Man schreibt: Nun sind sie also da, die Steuern nämlich. Schön schöne, runde Gesetze und dazu ein eltes, darauf eingestellt, daß es jeden fasse, der etwas verfluchen sollte, sich der heiligen Zehn durch einen Sprung über die Grenze zu entziehen. Es wird in diesen Tagen wenige in Deutschland geben, die nicht eingerahmen säuerlich dreinschauen. Das Leben wird künftig nicht bequemer sein und ganz gewiß nicht billiger. Und wenn es auch schön sein mag, zu jeder Stunde des Tages einen treuen Begleiter neben sich zu wissen, beim Morgenessen, beim Mittagsbier, beim Abendsnaps, beim Ausstrinken eines harmlosen Glases Seltzerwasser, beim Einlaufen all der tollen Dinge, die man nun so einmal braucht, wie meinen, wenn es auch schön sein mag, bei alledem nicht alleine zu stehen, so bleibt doch die Frage, ob es gerade erfreulich ist, wenn dieser ewige Begleiter seines Amtes Steuernehmer ist. So wird es aber sein: von früh bis spät werden wir Gelegenheit haben, dem Staate und seinen Bedürfnissen ein Opfer zu bringen und zu jeder Stunde werden wir daran erinnert werden, daß Kriege lächerlich kostet. Da liegt denn die Wahrscheinlichkeit nahe, daß je härter solche Last auf uns drückt, desto lauter die Frage werden wird, ob denn nun auch alles getan worden ist, um die Kriegsschuld und alles, was damit zusammenhängt, den Gegnern aufzuwälzen. So wird schon heute für unsere Staatsmänner die Verantwortlichkeit deutlich, eine gute Beziehung zu schaffen zwischen unserer Pflicht, Steuern zu zahlen und den wirtschaftlichen Aussichten, die uns durch den Friedensschluß sichergestellt werden. Wir wollen dabei nicht unbedingt auf einer vieljährigen Rückzugsrichtung bestehen; solche Milliarden können im Lande, das sie bestimmt, wohl Vorteile bringen, und sie in den Reichstadel einstreichen zu können, ist gewiß kein Schaden. Deshalb, es gibt auch manchmal andere Wege, uns wirtschaftliches Gedehn zu garantieren. Gute Handelsverträge, ungehemmte Rohstoffausfuhrung, offne Märkte, freies Meer und dergleichen. Darum werden die Friedensverhandlungen sich zu drehen haben, und sie werden nur dann den Dank der Nation verdienen, wenn sie uns ein Maximum des Erreichbaren verschaffen. Nur dann wird auch der Steuerzahler dies halbwegs mit Freuden tun und nicht leußen. Da nun aber solch ein guter Frieden, solch Geldfrieden, solch wirtschaftlicher Entwicklungsfrieden nur erreicht werden kann, wenn nach wie vor das ganze Volk einmütig den Krieg mit Einsatz aller Kräfte weiterführt, so ergibt sich, daß wir, und zwar jetzt für sich, uns aus eigenem Entschluß das Steuerzahlen leicht machen können. Hilft jeder dazu, daß der Friedensschluß uns die erforderlichen Mittel und Aussichten einträgt, so erleichtert er sich die unabweisbare Pflicht, zu des Reiches strapazierte Kasse das seine beizutragen. Wer den Sieg will, ist der beste Steuerzahler, denn er hilft Deutschland den Reichtum zuzuführen, aus dem heraus die Zahlungen mit nicht gar so großer Mühe werden zu leisten sein. Die zehn Steuergesetze, die jetzt dem Reichstag vorgelegt worden sind, werden von vornherein eine Einnahme bedeuten, wenn sie sozusagen als Druck dabin wirken, nicht nur die Widerstandskraft, sondern auch den Siegeswillen des deutschen Volks bis zu einem günstigen Friedensschluß zu steigern und was zu erhalten. D. A. B.

Die neuen Steuern.

Die Luruststeuer.

Neben der Bejurafung der Steuerzucht ist die Luruststeuer vielleicht die einzige Vorlage, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes ungeteilte Beifall findet. Die große Menge findet sich schon dank des Wortes „Lurus“ nicht nur damit ab, sondern wünscht, daß hier der Steuerhebel ganz besonders kräftig angelegt werde. Sie hätte nichts dagegen, wenn der Reichstag über die Vorlage der Regierung hinausginge.

Schon im März 1917 erzielte im Haushaltungsausschuss des Reichstages eine Einigung der Parteien über einen Antrag auf Einführung einer Luruswarensteuer. Auf jenen Antrag gründet sich der Regierungsentwurf, der die etwas abenteuerliche Höhe von 20 vom Hundert, also ein Fünftel des Wertes der Lurusware (bei Edelmetallen, Perlen, Edelsteinen) erfordert. Die Begründung der Vorlage läßt durchblicken, daß man die Steuerweisheit aus französischem Vorbild geholt hat. Genau wie in Frankreich soll die deutsche Lurussteuer eine Unterart der Warenumsatzsteuer sein. Das französische Gesetz vom 31. Dezember 1917 sah eine allgemeine Besteuerung der Umfänge an die Verbraucher mit 2 vom Tausend ein — die deutsche Vergrößerung des Warenumsatzsteuern soll auf 5 vom Tausend hinaufgehen — Luruswaren aber sollen mit 10 vom Hundert besteuert werden, in Deutschland zum Teil mit 20. Als Luruswaren gelten in Frankreich photographische Apparate, Autos, Schmuckstücke aus Gold und Platin, dergleichen Uhren, Billards, Seidenstoffe, kunstgewandte, (nicht aber Gegenstände, die der Maler unmittelbar verläuft), Pferde (der Jüchter ist ausgenommen), Löwen, Lurusausgaben von Büchern, Flugel, lebendes Wild, Jagdgeräte, Jagdschleifer, Reitkleider für Damen, Trachten, getüpfelte Speisen, alkoholische Getränke u. s. w. Aus dieser Liste hat auch der deutsche Entwurf geschöpft. Eine zweite französische Liste war noch nicht vorhanden, als der betreffende deutsche Regierungskreis an die Arbeit ging. Sie ist erst im Sondergesetz vom 22. März 1918 bekannt gemacht worden, das das „Journal officiel“ am 24. März veröffentlicht. Darauf sind von einer Preisgrenze ab folgende Gegenstände der Luruststeuer unterworfen, wobei die in Klammern beigefügten Zahlen den Wert in Franken bedeuten, wo die Besteuerung einsetzt: Hunde (40), Möbel (100), Fahrräder (250), Möhse und Unterleib (für Kinder 20, sonst 40), Tafelgeschirr für 12 Personen (200), einzelne Stücke davon je nach Größe (2 bis 5), Kaffeegeschirr (30), Männerblüte (20), dergleichen für Frauen (40), für Schuhwerk für Kinder (20), für Frauen (40), für Männer (50), Männerkleider (175 bis 200), dergleichen für Frauen (150 bis 200) usw. Man sieht, wohin eine „Lurus“-Besteuerung am Ende führt. Selbst Gegenstände des täglichen Bedarfs werden schließlich von ihr erfaßt, wenn sie über das Notdürftigste hinausgeht. Man bedenke, daß Möbel schon von 100, Kinderschuhe von 20 Franken an als „Lurus“ gelten. In Deutschland zahlt ein Dienstmädchen zurzeit ungefähr 60 Mark für ein Paar eingerahmtes brauchbares Stiefel. Das wäre nach der französischen Liste unerhöhte Lurus, der streng mit 10 Prozent Steuer besteuert werden müßte. Denn nur unter 40 Franken ist Frauenstuhlwert kein Lurus. Wir in der immer noch belagerten Festung mit unseren Teuerungspreisen driften an eine Abmilderung des „Lurus“ nach dem Preise

der Gebrauchsgegenstände gar nicht herangehen. Wir kämen zu fürchterlichen Ungerechtigkeiten. Beschränkt man den Lurus nur auf Juwelen, Kunstgegenstände und Dinge, die wirklich nicht zu des Lebens Nahrung und Notdurft gehören, so kommt aus der ganzen Steuer nicht viel heraus. „Trüffeln und Equipagen, was können sie bringen?“ fragte schon Bismarck. „Vorzeit sind Volk und Reichstag hypnotisiert, weil Kriegsgewinner sich und ihre besten Hälften mit Brillanten behängen und ihre Wohnungen in Gemäldesälen verwandelt haben. Aber ebensoviel wie den Krieg selbst kann man eine Rebenerhebung desselben, die Kriegsgewinner, zur Grundlage einer dauernden Steuer nehmen. Die Steuer überlebt den Krieg, ja, sie wird eigentlich erst im Frieden wirksam. Es wird sich dann zeigen, daß ihr auf einen Ausnahmestand berechneter Auschnitt auf die völlig veränderten Verhältnisse nicht mehr paßt. Das Papiergebärd wird nicht mehr auf der Straße liegen, die Bentemacher werden verschwunden sein, die Sparfamilie wird wieder zu Ehren kommen, und von der Luruststeuer wird nicht viel mehr zu spüren sein, als eine empfindliche Lähmung des Kunstgewerbes. Doch besteht keine Aussicht, daß ein Wort befommener Mahnung und der Hinweis auf die Zukunft bei der Regierung oder der Volksvertretung zur Zeit gehört findet. Die Abneigung gegen die Kriegsgewinner will sich Lust machen, und so wird die Steuer vom Strom der öffentlichen Meinung zum Ziel getragen werden. Eine Mahnung zur Einsicht wird erst offene Ohren finden, wenn im Frieden der ganz unvermeidliche Schaden sich zeigt.

So, wie die Luruststeuer geplant ist, wird man nicht sein gewolltes Ziel erreichen, den Kriegsgewinner zu treiben, der sein Geld in allerhand Gegenständen angelegt hat: Berlin, Bildern u. s. w. Vielmehr trifft man bei Überpräfung des an sich so gefälligen Gedankens die Industrie, die eigene Wirtschaft und die Arbeiter. Möchte doch der Reichstag hierin korrigierend wirken, und er wird es tun müssen, will er sich den Beifall des deutschen Volkes mit dieser Steuer sichern.

Die Postgebühren.

Sehr mißgestimmt ist man über die „Reform“ bei der Post, deshalb, weil die beabsichtigte Vereinigung der Postgebühren sehr empfindlich ist. Kaum hatte sich die Teil-„Reform“ eingeführt, kommt man jetzt und macht keine Arbeit. Der Tropfen mit den 7½ Pf. verschwindet nun bei den Postkarten und Stadtbriefen, verschobt sich dafür aber auf Drucksachen über 50 bis 100 Gramm. Nur die Zeitungen und der Spezialverleih bleiben verschont. Da ein bis 20 Gramm schwerer Brief für den Fernverkehr jetzt 20 Pf. kosten soll, die ebenso schweren im Orts- und Nachbarortverkehr 10 Pf., wird als ein äußerst harter Druck empfunden. Man hat das Empfinden, daß die Post die Sache sich äußerst einfach macht. Die erste Besteuerung bei der Post sollte bei ihrer Beschlusffassung 1916 übrigens nur bis zu zwei Jahren nach dem Kriege gelten. Und nun? ... Das gibt nette Aussichten für die Zukunft.

Deutscher Reichstag.

149. Sitzung vom 22. April.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Etat der Reichsverwaltung. Die Aussprache hierüber wird fortgesetzt.

Abg. Kunert (U. S.) führt Beschwerde über die Belebung des Postgeheimnisses in Halle.

Staatssekretär Rüdlin: Die vollziehende Gewalt ist im Kriege in der Hand des Militärbeehlers. Er erläßt die betreffenden Bestimmungen.

Abg. Kunert (U. S.) erhebt nochmals Einpruch und spricht von brutaler Gewalt und Verräte. (Unterhebe. Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Abg. Kiel (F. W.): Den Titeln soll man nicht zuviel Wert beilegen.

Damit ist die Aussprache über die Postverwaltung erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Abg. Karrl (Soz.) bringt Lohn- und Urlaubswünsche der Arbeiter der Reichsdruckerei vor.

Der Haushaltungsplan wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Emmel (Soz.) berichtet über die Ausbauverwaltungen. Bedauerlich ist, daß bei den Eisenbahnverträgen Sachverständige der Eisenbahnverwaltung nicht zugezogen wurden.

Abg. Kosmann (F.): Dank gebührt den Reichseisenbahnen. Die Teuerungszulagen reichen nicht aus. Auch für die Eisenbahner müssen Arbeiter-Ausflüsse geschaffen werden. Das Verbot der Erteilung von Urlaub an Soldaten in den Garnisonen war eine verfehlte Maßnahme. Die Arbeiter klagen über ungenügende Heizung in den Zügen, die viele Erkrankungen zur Folge hatte.

Abg. Böttcher (Soz.) führt Beschwerde über die Postschwierigkeiten. Die Durchsuchung des Reisegepäcks geschieht nicht immer aus militärischen Notwendigkeiten. Die hohe Besteuerung der Schnellzugfahrt preise hat viel böses Blut gemacht. Elsass-Lothringen muß völlige Autonomie erhalten und auch in Eisenbahnfragen mitreden können.

Abg. Haushmann (F.): Der Eisenbahn-Monopol-Nellame-Vertrag an die Nizza-Neimark-Hödving hat ein mittelbares Motiv erhalten, die Eisenbahngäste mit politischem Stoff zu versetzen. Aus den baltischen Provinzen wird geflagt, daß dort nur Reisekoffer durchgelassen wird, der sich in einer ausgedehnten Richtung bewege. Dadurch wird ein ganz falsches Bild verschafft.

Die Eisenbahn-Monopol-Nellame-Hödving hat die Reisekofferbesteuerung aufgehoben, die in Frankreich bestehen bleibt. Der Eisenbahn-Monopol-Nellame-Hödving hat die Reisekofferbesteuerung aufgehoben, die in Frankreich bestehen bleibt.

Die Eisenbahn-Monopol-Nellame-Hödving hat die Reisekofferbesteuerung aufgehoben, die in Frankreich bestehen bleibt.

Die Eisenbahn-Monopol-Nellame-Hödving hat die Reisekofferbesteuerung aufgehoben, die in Frankreich bestehen bleibt.

Die Eisenbahn-Monopol-Nellame-Hödving hat die Reisekofferbesteuerung aufgehoben, die in Frankreich bestehen bleibt.

frag. „Kreisar. Höheling“ von seinem politischen Vergehen und das Ziel war mir, durch die Presse ein erhebliches Stück Geld einzunehmen. Politische Zeitschriften und Zeitungen dürfen in den Bürgern nicht ausgelegt werden. Über die Art der Presse werde ich Bestimmungen machen.

Abg. Werner-Hersfeld (D. Fr.) bringt Beamten-Wünsche vor.

Montag 3 Uhr: Weiterberatung; Reichseisenbahnamt und Stat des Reichstags.

Schluss 7 Uhr.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Überhöchste Auszeichnung.

Oestrich, 23. April. Der 1. Vorsitzende des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins Fräulein Ottile Schneider und der 2. Vorsitzende Frau Pfarrer Ufer wurde die „Rote Kreuzmedaille“ verliehen. Die beiden Damen haben sich in hervorragender Weise seit Kriegsbeginn für das hiesige Vereinslazarett und das „Rote Kreuz“ sehr verdient gemacht hat, indem sie sich rastlos und mit großer Aufsicht Tag für Tag betätigten, wofür ihnen der Dank der Gemeinde für alle Seiten sicher ist.

8. Kriegsanleihe.

C Zeichnungsergebnis der 8. Kriegsanleihe bei der Nassauischen Landesbank: 62,1 Millionen M. gegen 55,3, 56,6, 45,8, 46,5, 48, 42,3, 27 Millionen bei den früheren Anleihen. Gesamtauszeichnungsbetrag aller acht Anleihen somit: 383,7 Millionen.

* Eltville, 22. April. Das kgl. Lehrerinnen-Seminar und die mit ihm vereinigte Schulinspektion haben bei der 8. Kriegsanleihe zusammen 566 710 Mark ausgebracht. Davon entfallen auf das Seminar 320 705 M. und auf die Volksschulen zu Eberbach 1435 M., Niederwalluf 38 540 M., Oberwalluf 3 830 M. und Oestrich 202 100 M.

Rasch tritt der Tod den Menschen an.

† Eltville, 22. April. Als Samstag morgen bis zum späten Vormittag die Fensterläden der Wwe. Appelhäuser geschlossen blieben, ahnten die Nachbarn nichts Gutes; dieselben holten den Polizeibeamten Herrn Adler und dieser öffnete gewaltsam die verschlossene Tür. Beim Betreten der Wohnung fand man die ca. 62jährige Frau tot auf dem Bett liegen. Ein Schlaganfall hat anscheinend ihrem Leben ein schnelles Ende bereitet.

Besitzwechsel.

* Eltville, 22. April. Der Neubau des Herrn Dr. Magdeburg hier, Niederwallufstraße, ging mit Weinbergen in Niederwalluf und Rauenthal zu unbekanntem Preise in den Besitz des Herrn Steffens in Berlin über.

Bekanntmachung.

Um 20. April 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. Bst. (b) 511/12. 17. R. R. A. betreffend „Schnellstahl“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellv. Generalkommando des Armeekorps

Bekanntmachung.

Um 20. April 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. G. 1300/3. 18. R. R. A. betreffend „Bestandsicherung von Kautschuk- (Gummi-) Banden“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Gouvernement der Festung Mainz.



Tieferschüttet erhielten wir die schmerzhafte Nachricht, daß mein innigstgeliebter Sohn, unser lieber guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der

Gefreite Jakob Val. Barthel,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, am 14. April, nach treuer Pflichterfüllung, bei den schweren Kämpfen im Westen, den Helden Tod fürs Vaterland gestorben ist.

Oestrich, den 23. April 1918.

In tielem Schmerze:
Frau Jakob Barthel, geb. Neidels,
Familie Anton Barthel,
Familie Friedrich Neidels.

Das Todesamt findet in der hiesigen Pfarrkirche am Montag, den 29. April, morgens 7 1/4 Uhr, statt.

Danksagung.

Für die uns bei dem schmerzlichen Verluste unseres unvergleichlichen Sohnes erwiesene, überaus große und liebvolle Teilnahme, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Winkel, den 23. April 1918.

Familie W. W. Ottos.

zu Rüdesheim a. Rh., 22. April. Trotz wiederholten Hinweises geht der Ausbau der Bahnlinien sehr langsam vor sich. Diejenigen Besitzer, deren Anlagen nicht zurückgestellt sind und die mit der Abgabe des Bahnlinienlupfers noch im Rückstande sind, werden nochmals darauf hingewiesen, daß das Kupfer bis zum 31. Mai 1918 abgeliefert sein muß, andernfalls Bestrafung eintreten wird.

Aus dem Kreistage.

* St. Goarshausen, 22. April. Der Kreishaus-haltstetat unseres Kreises schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 320 000 M. ab. Der Kreis genehmigte für die ospreußischen Landgemeinden des Kreises Stalupönen einen aus der Kreismetallfeste zu entnehmenden Betrag von 5000 M. als Unterstützung. Die Kreissteuer soll nicht erhöht werden. Dagegen wird eine dauernde finanzielle Unterstüzung des städtischen Gymnasiums in Oberlahnstein aus Kreismitteln und eine Förderung des Handwerks ins Auge gefasst.

Zwei Brüder an einem Tage gefallen.

* Bönenhausen, 21. April. Zwei Söhne am gleichen Tage verloren hat die Witwe A. Kollmann im benachbarten Plaumheim. Die beiden Brüder dienten im gleichen Regiment und fanden am 31. März bei einem Sturmangriff zu gleicher Stunde den Helden Tod.

Weinzeitung.

* Lügstein (Rheinpfalz), 22. April. Die Lügsteiner Winzergenossenschaft brachte ungefähr 63 Fuder 1917er Weißwein zur Versteigerung. Dieses ganze Ausgebot ging in anderen Besitz über. Für die 1000 Liter 1917er Lügsteiner wurden 6000—8 630—10 000—16 700—17 010 M. angelegt. Gesamtausgebnis rund 510 000 M.

Ein wertvoller Fund.

* Dresden, 22. April. In einem Ballen schwitzigen Zeitungspapiers, den ein Knabe von einem Mädchen geschenkt bekam, fand ein anderer Knabe in einem Kohlenkasten, als er nach etwas Lebendem suchte, für zwanzigtausend M. Kriegsanleihe und Schanzenweisungen versteckt. Obwohl diese Wertpapiere bereits am 9. April verloren sein müssen, hat sich bisher der Eigentümer noch nicht gemeldet.

Schweinepreise.

* Ein Landwirt in der Westpfalz hatte ein fettiges Schwein im Gewicht von 2 Zentnern. Obwohl er als Selbstversorger das Schwein hätte für den eigenen Haushalt verwenden dürfen, war er anständig und ließte es dem Kommunalverband ab. Dort bekam er den vorgeschriebenen Preis von 80 M. für den Zentner Lebendgewicht, machte 160 M. Dann bezog er durch denselben Kommunalverband ein 6 Wochen altes Ferkel und zahlte dafür 185 M., blieben vom Erlös für das abgelieferte fette Schwein noch 25 M. Und da wundert sich noch jemand, daß es kein Schweinefleisch mehr zu kaufen gibt oder nur

noch durch den Schleichhandel! (Hat der Mann aber Glück gehabt! Denn wenn er das Ferkel in bisheriger Gegenwart hätte, würde er zu seinem fetten Schwein noch 20—40 M. zulegen müssen, da die Ferkel 180—200 M. kosten). — Das sind Befürbte!

Die Zuckerriegessgewinner.

Die Zuckerfabrik Kamenstadt erzielte 1917 einen solchen Riesengewinn, daß sie nicht nur ihr ganzes Kapital, alle Gebäude, Maschinen usw. abschreiben und 25 Prozent Dividende zahlen konnte, sondern, um Geld los zu werden, auch noch jedem Aktionär weitere 175 Prozent Dividende in Gestalt einer neuen Aktie schenken mußte. Wer mit 10 Aktien je 1000 Mark an dem Unternehmen beteiligt ist, erhält also über 20 000 Mark Jahresgewinn.

Der Diplomat.

In einem seiner Werke sagt Thiers von einem Diplomaten: „Ein echter Diplomat muß sein fast wie Eis, hart wie Stein, glatt wie ein Glas, neugierig wie ein Zeitungsschreiber, stumm wie ein Fisch, mißtrauisch wie ein Geizhals, flug wie eine Schlange, beweglich wie ein Weiterschuh, listig wie ein Fuchs und halsstarrig wie ein alter Gefangenewärter.“

Einen bössartigen Aprilscherz.

dem eine Unmenge Leute zum Opfer fielen, leistete sich jemand in Bad Tölz. Er ließ im „Tölzer Kurier“ ein Juwelier erscheinen, das sich über die Österreitertage eine größere Filigranfestschaft dort einzufinden wußte, um einen Film aufzunehmen, der insbesondere Tölzer Eigenart vorführen sollte. Hierzu wurde die Bevölkerung für Östermontag eingeladen mit dem Wunsch, es sollten recht viele in der alten Tracht erscheinen. Das hatte namentlich die hohe Weiblichkeit elektrisiert. Und als Östermontag die Zeit immer näher rückte, da konnte man eine wahre Völkerwanderung — vorwiegend des weiblichen Geschlechts — nach der Blockhütte beobachten, denn jedes wollte gefilmt werden, um später auf der Leinwand als Filigranbabe zu erscheinen. Es wurde eine Stunde, zwei Stunden — aber der Filmoperateur kam nicht. Da kam plötzlich der Gedanke, daß ja der 1. April sei.

Eine böse Überraschung.

wurde einem höheren Offizier zuteil, der bisher im Felde stand. Als er ausrückte, mietete er sich in der Schillingsstraße in Berlin eine leerstehende Wohnung und stellte dort seine Einrichtung unter. Als er jetzt wieder in Berlin eintraf, entdeckte er, daß Einbrecher für 50 000 M. Teppiche und Anzüge gestohlen hatten.

Briefkasten.

S. G. Es erscheinen eine große Anzahl derartiger Zeitchriften, u. a. „Deutscher Techniker“ in Mainz. Das Verzeichnis können Sie in unserer Geschäftsstelle einsehen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Mädchen,

welches schon gedient hat, zuverlässig und ehrlich ist, in kleinen Haushalt zum halbigen Eintritt gefügt.

Heintz, Esch, Bauunternehmer, Rieder, Ingelheim.

Junges Mädchen, welches die Handelschule besucht hat, sucht Stellung.

Näh in der Expd. d. Bl.

Eine noch gut erhaltene.

Ladentekke, sowie eine fast neue Wage zu verkaufen.

Näh i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gebrauchte Klaviere kaufen zu höchsten Preisen.

Ludwig Flick, Eltville, Markt.

Ein gebrauchter Herd zu kaufen gesucht. Wo, sagt die Expd. d. Bl.

Gertweiden abzugeben.

Eltville, Rheingauerstraße 30

Danksagung.

Für die uns von allen Seiten bekundete, wohltuende Teilnahme an dem auch uns auferlegten schweren vaterländischen Opfer danken wir hierdurch herzlichst.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Babette Hausmann, geb. Wolfer.

Siegmaringen, den 22. April 1918.



Tieferschüttet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser einziger, lieber treuer Sohn und

Otto Eichhorn,

pionier bei einer Minenwerfer-Truppe,

am 18. März in Palästina, fern der Heimat, im blühenden Alter von 21 Jahren ein Opfer dieses mörderischen Weltkrieges wurde.

In tiefer Trauer:

Louis Eichhorn,
Maria Eichhorn, geb. Bierob,
Lina Eichhorn.

Niederwalluf a. Rh., den 18. April 1918.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an Chemische Fabrik, Winkel.

Armer Lehrjunge ließ am Samstag im Zug Wiedenbad-Rüdesheim grauen

Damen-Strohhut

liegen. Der ehr. Kinder wollte denselben in R. Walluf, Kirchstraße 7, gegen gute Belohnung abgeben.

Jugendliche, auch kriegsbeschädigte

Küfer- und Keller-Arbeiter

für unsere Kellererei in Niederwalluf und Eltville gesucht.

Jac. Phil. Waldeck & Söhne in Niederwalluf i. Rheingau.

Gut erhalten Kinderwagen zu kaufen gesucht.

Zu erfragen in der Expd.

Mitteilungen

liefer Adam Etienne, Oestrich

Köster, Praktische Anleitung, Pantoffeln und Hausschuhe zu allerlei Resten selbst herstellen, nur 75 Pf., postfrei 80 Pf.

Köster, Das praktische Flickbuch, nur 75 Pf., postfrei 80 Pf.

Wie man aus allen Kleidern neue herstellt, nur 60 Pf., postfrei 65 Pf.

